

KOMMENTAR

Zum ESM-Urteil

Am 12. September hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Grundsatz zugestimmt. Ein mögliches „Nein“, das zu panikartigen Reaktionen an den Finanzmärkten hätte führen können, wurde durch die vorherige Entscheidung der Europäischen Zentralbank, im Zweifelsfall unbegrenzt Staatsanleihen der Krisenländer aufzukaufen, entschärft.

Das „Ja“ des BVerfG ist jedoch an zwei Auflagen gebunden, die für die langfristige Stabilisierung der Eurozone von maßgeblicher Bedeutung sein werden: zum einen die Frage der Haftung und zum anderen die Frage der Legitimation. Ohne eine Regelung der Haftung würden Fehlanreize implementiert, die langfristig zu einer Destabilisierung des Euro führten. Eine Austrittsoption könnte zwar Fehlanreize beseitigen, wäre jedoch unvereinbar mit dem Unauflösbarkeitsversprechen der Politik. Die Alternative zu der Austrittsoption besteht in zentralen Eingriffsrechten in nationale Finanz- und Haushaltspolitik und einer Beschränkung des Budgetrechts. Solche Maßnahmen erforderten aber eine demokratische Legitimation, die zurzeit nicht gegeben ist. An den beiden Auflagen des BVerfG – so nebensächlich derzeit diskutiert – entscheidet sich tatsächlich die Zukunft des Euro. HV

IN DIESER AUSGABE

Rezession im Euroraum dämpft
deutsche Konjunktur Seite 1/2

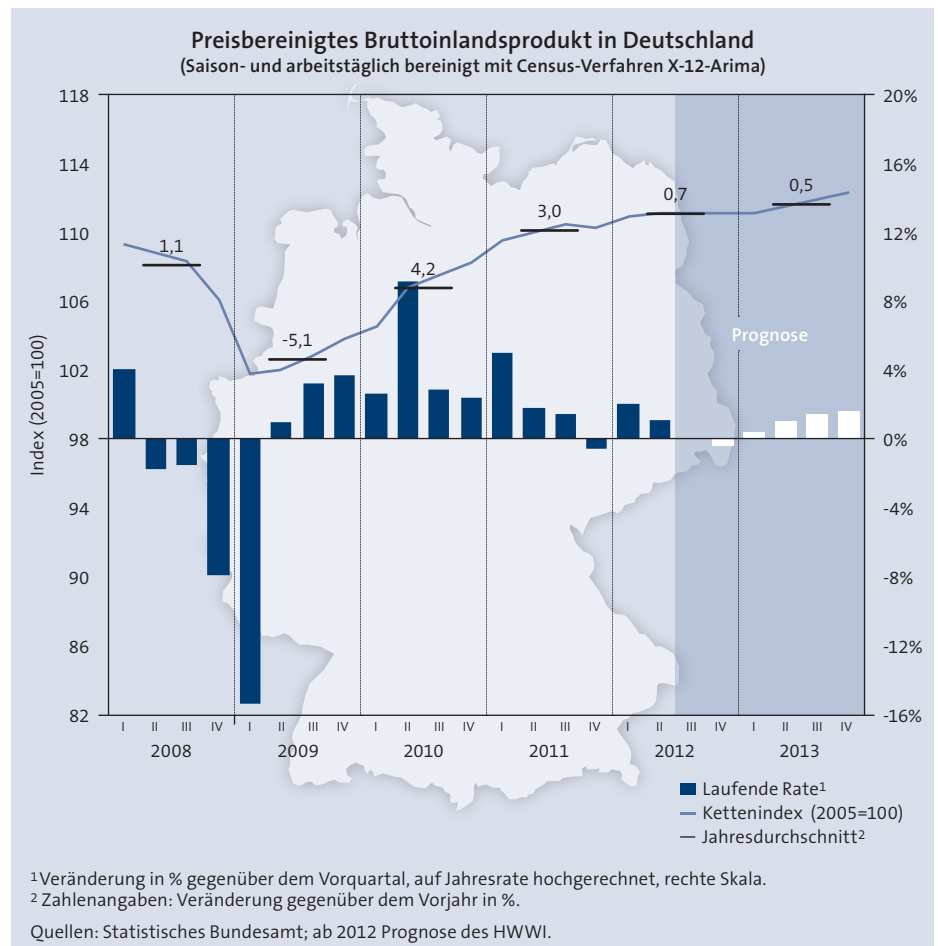
Familienfreundlichkeit auf dem
Prüfstand Seite 3

Schönwetterdemokratien im Osten
Europas? Seite 4

KONJUNKTUR

Rezession im Euroraum dämpft deutsche Konjunktur

Das HWWI hat seine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland aktualisiert und angesichts der verschärften Rezessionstendenzen in der Eurozone nach unten revidiert. Schon die vorangegangenen Prognosen standen stets unter dem Vorbehalt, dass die Eurokrise nicht weiter eskalieren würde. Diese Erwartungen wurden ebenso regelmäßig enttäuscht. Inzwischen hat sich die Situation vor allem in Griechenland, Spanien und Italien weiter zuspitzt. Wegen der ungünstigeren Exportaussichten und deren Folgewirkungen haben sich auch die Konjunkturperspektiven für Deutschland eingetrübt. Für 2012 wird nunmehr mit einem Wirtschaftswachstum von ¼ % gerechnet, für 2013 mit einem von ½ %. Die Risiken für eine ungünstigere Entwicklung bleiben angesichts der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Eurokrise erheblich. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich eher verschlechtern, die Zahl der Arbeitslosen ist bereits leicht gestiegen. Der Inflationsdruck ist unter diesen Bedingungen sehr gering, die Inflationsrate dürfte daher wieder unter 2 % sinken. Von Jörg Hinze



Neben der Abschwächung der Auslandsnachfrage mehren sich inzwischen auch die Anzeichen für eine Abkühlung der bislang recht guten Binnenkonjunktur. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist nach zu Jahresbeginn noch deutlichem Anstieg im 2. Quartal merklich schwächer gewachsen. Besorgniserregend ist vor allem die zunehmende Zurückhaltung der Unternehmen bei ihren Investitionen in Ausrüstungen.

Überdies scheint der bislang kräftige Anstieg der Beschäftigung allmählich auszulaufen. Die Zahl der Arbeitslosen hat in den letzten Monaten saisonbereinigt bereits leicht zugenommen, was allerdings auch an der verstärkten Zuwanderung gelegen haben dürfte. Gestützt wurden Einkommen und privater Verbrauch bislang neben der Beschäftigungszunahme auch durch die höheren Tariflohnsteigerungen. Weiterhin sehr expansiv ist die Entwicklung im Wohnungsbau, der auch von der Eurokrise und der Flucht in scheinbar sichere Anlagen wie Wohnimmobilien profitiert. Deutlich rückläufig ist hingegen der öffentliche Bau.

In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die deutsche Konjunktur aufgrund der anhaltenden Rezession in der Eurozone weiter abschwächen. Die deutschen Unternehmen werden wegen der nachlassenden Nachfrage ihre Produktion eher drosseln. Das wird nach den Investitionen auch den Anstieg von Beschäftigung, Einkommen und privatem Verbrauch dämpfen. Der gesunkene Eurokurs dürfte die Zunahme der Exporte nach Übersee stützen und den Rückgang der europäischen Nachfrage weitgehend kompensieren. Vom Außenbeitrag sind deshalb bei leicht zunehmenden Importen insgesamt negative Impulse zu erwarten.

Für die gesamtwirtschaftliche Produktion ist für die zweite Jahreshälfte mit kaum mehr als Stagnation zu rechnen. Auch die deutsche Wirtschaft wird somit an den Rand einer Rezession geraten. Im Durchschnitt dieses Jahres wäre dann noch mit

Eckdaten der Konjunkturprognose für Deutschland
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2009	2010	2011	2012	2013
Bruttoinlandsprodukt ¹	-5,1	4,2	3,0	0,7	0,5
Private Konsumausgaben	0,1	0,9	1,7	1,0	1,0
Konsumausgaben des Staates	3,0	1,7	1,0	1,1	1,0
Anlageinvestitionen	-11,6	5,9	6,2	-1,5	1,1
Ausrüstungen	-22,5	10,3	7,0	-3,1	1,1
Bauten	-3,2	3,2	5,8	-0,4	0,7
Sonstige Anlagen	-2,9	3,3	3,9	0,4	4,0
Inlandsnachfrage	-2,5	2,6	2,6	0,2	0,9
Ausfuhr	-12,8	13,7	7,8	3,2	2,9
Einfuhr	-8,0	11,1	7,4	2,5	4,1
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige	0,1	0,6	1,4	1,1	0,2
Arbeitslose (Mio. Personen)	3,41	3,24	2,98	2,93	2,90
Arbeitslosenquote ² (in %)	7,8	7,4	6,7	6,6	6,5
Verbraucherpreise (in %)	0,4	1,1	2,3	1,9	1,9
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-3,1	-4,1	-0,8	-0,3	-0,3
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	5,9	6,0	5,7	6,2	5,8

¹ Preisbereinigt. – ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2012 und 2013: Prognose des HWWI.

einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von einem Dreiviertelprozent zu rechnen. Die Beschäftigung wird bei dieser Entwicklung im weiteren Verlauf stagnieren. Der Preisauftrieb bleibt trotz der Energieverteuerung insgesamt gering.

Zu einer Wiederbelebung der Konjunktur in der Eurozone wird es erst im nächsten Jahr kommen, dies allerdings nur, wenn es keine weitere Eskalation der Eurokrise gibt. Die Risiken von dieser Seite sind aber nicht nur wegen eines möglichen Ausscheidens Griechenlands aus der Währungsunion erheblich. Schon die von der Eurokrise ausgehende Unsicherheit lähmt das Wirtschaftsgeschehen in vielen Ländern und birgt die Gefahr sich gegenseitig verstärkender rezessiver Tendenzen. Hier wird davon ausgegangen, dass die Eurozone erhalten bleibt. Auch wenn die Reform- und Konsolidierungsmaßnahmen – nicht nur in den Krisenländern – fortgesetzt werden, dürften dann die kontraktiven Effekte der bisherigen Sparmaßnahmen in den Euroländern geringer werden und deren Nachfrage sich folglich allmählich stabilisieren. Die Ex-

porte in die übrige Welt werden weiter expandieren, zumal die Abwertung des Euro noch eine Zeit lang nachwirkt.

Die Beschäftigung dürfte dann wieder zunehmen und zusammen mit die Teuerung übertreffenden Tarifabschlüssen die Einkommen und den privaten Konsum stützen. Eine Senkung der Rentenversicherungsbeiträge auf 19 %, die angesichts der gestiegenen Rücklagen möglich ist, wäre in dieser labilen konjunkturellen Situation eine Hilfe.

Die deutsche Wirtschaft könnte alles in allem auf einen moderaten Wachstumspfad zurückkehren. Trotz des wieder günstigeren konjunkturellen Profils im Jahresverlauf würde das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt von 2013 dann nur ein halbes Prozent erreichen. Bei weiterer Eskalation der Eurokrise, etwa weil Griechenland aus der Eurozone ausscheidet, was „lähmende“ Wirkungen auf die Eurozone und darüber hinaus auslösen würde, wäre jedoch auch in Deutschland eine Rezession wahrscheinlich.

Familienfreundlichkeit auf dem Prüfstand

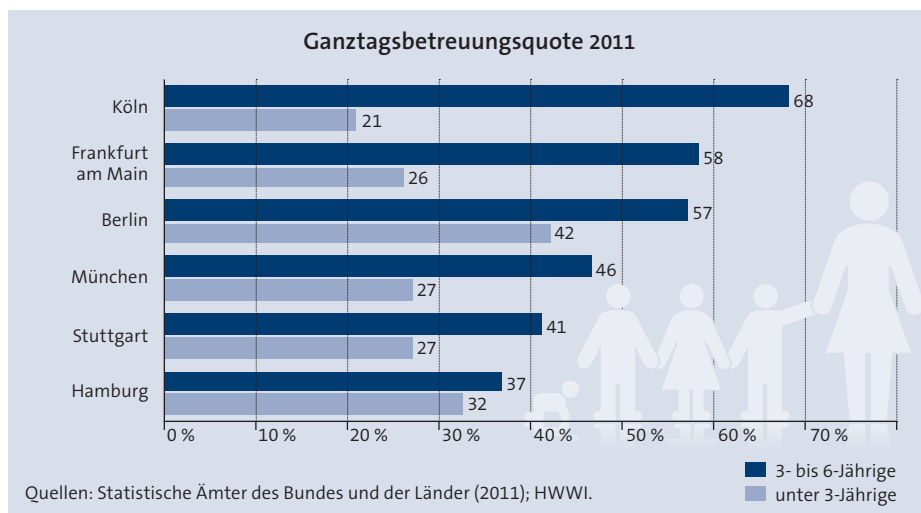
Hamburg konkurriert mit anderen deutschen Städten um Arbeitskräfte. In diesem Wettbewerb gewinnen die Lebensbedingungen für Familien an Bedeutung. Das HWWI hat im Auftrag der Hamburger Sparkasse für die Bereiche Kinderbetreuung, Bildung und Wohnumfeld analysiert, wie die Hansestadt hier im Vergleich zu Berlin, Frankfurt am Main, Köln, München und Stuttgart positioniert ist. *Von Silvia Stiller*

Ein attraktives Lebensumfeld für Familien kann die Standortwahl von Arbeitskräften zu Gunsten der Hansestadt positiv beeinflussen. Wichtige Standortbedingungen für Familien-Haushalten sind etwa eine generell kinderfreundliche Umgebung, die Qualität von Schulen und Kindergärten, die Verfügbarkeit von bezahlbaren Familienwohnungen und von Grünflächen.

Die Familienfreundlichkeit Hamburgs als Attraktivitätsfaktor für ihre Bewohner und Zuwanderer hat Einfluss auf die ökonomische Entwicklung, weil sie die lokale Verfügbarkeit von Arbeitskräften beeinflusst. Darüber hinaus begünstigen familienfreundliche Strukturen die Erwerbsbeteiligung von Eltern. So spielen beispielsweise für die Wanderungsentscheidung von hoch qualifizierten jungen Frauen flexible Arbeitsmöglichkeiten und eine hohe Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsmöglichkeiten eine wichtige Rolle.

Das Betreuungsangebot für Kinder ist ein entscheidender Faktor für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Derzeit belegt Hamburg mit 32,4 % bei der Ganztagsbetreuungsquote von unter 3-Jährigen den zweiten Platz unter den Vergleichsstädten nach Berlin (vgl. Abbildung). Dabei hat die Hansestadt das Betreuungsangebot für diese Kinder in den vergangenen fünf Jahren um die Hälfte erhöht. Deshalb erreicht sie inzwischen fast die für das Jahr 2013 gesetzlich vorgeschriebene Quote von 37 %.

Wollen Eltern nicht nur Teilzeit arbeiten, sondern einer Vollzeitstelle nachgehen, sind sie auf eine Ganztagsbetreuung angewiesen. Hier gibt es in Hamburg im Vergleich zu Berlin, Frankfurt und Köln für die Betreuung der 3- bis 6-Jährigen deutlichen Aufholbedarf. Der weiteren Verbesserung des Betreuungsangebots für Kin-



der kommt in Hamburg deshalb auch in Zukunft eine wichtige Bedeutung zu.

Die Qualität des Schulsystems spielt für Familien bei der Wohnortwahl eine wesentliche Rolle. Im Vergleich mit anderen Regionen weist Hamburg zwar zahlreiche Defizite auf. Es sind aber positive Entwicklungstendenzen im Bildungsbereich erkennbar. Hamburg verfügt im Primarschulbereich über sehr gute Betreuungsangebote. Die Hansestadt wird aber bei der Qualität des Schulischen Lernens nicht nur niedriger als die Vergleichsstädte bewertet, sondern auch ungünstiger als das direkte Umland.

In anderen Bereichen sind Schritte in die richtige Richtung erkennbar. So nahm in den letzten Jahren der Anteil der Schüler, die mit einem Abschluss die Schule verlassen, deutlich zu. Zudem hat sich die Ausbildungs- und Beschäftigungssituation in Hamburg für junge Menschen seit 2010 stark verbessert. 100 Nachfrager nach Lehrstellen konnten im Jahr 2011 zwischen 142 Angeboten auswählen.

Freizeitangebot, Gesundheit und Sicherheit sind relevant dafür, ob sich Familien in der

Stadt wohlfühlen und sich somit an Hamburg als Wohn- und Arbeitsort binden. Die Sicherheit im Straßenverkehr ist in Hamburg verbesserungswürdig und die Anzahl der Kriminalitätsdelikte bleibt hoch. Hingegen sind die Preise für Eigenheime in Hamburg im Vergleich mit München und Stuttgart geringer und das Angebot an Ein- und Zweifamilienhäusern umfangreicher. Aber die Mietpreise sind in den letzten fünf Jahren in der Hansestadt stark angestiegen.

Positiv ist es im Hinblick auf die Lebenshaltungskosten jedoch, dass die Hamburger unter den Vergleichsstädten das höchste verfügbare Einkommen erzielen. Punkten kann Hamburg auch bei den Freizeitmöglichkeiten. Familien können zwischen einer Vielzahl von Erholungsflächen zu Land und Wasser wählen.

PARTNERPUBLIKATION

Nitt-Drießelmann, D.; Stiller, S. (2012): L(i)ebenswertes Hamburg. Familienfreundlichkeit als Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Hamburg, Haspa Hamburg-Studie. Die Studie steht als Download im Internet zur Verfügung unter: www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Partnerpublikationen/Haspa/HASPA_Liebenswertes_Hamburg_2012.pdf.

Schönwetterdemokratien im Osten Europas?

Bis vor wenigen Jahren mutete die Transformation in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas (MOE) als Erfolgsgeschichte an. Die Ökonomie florierte, durch den EU-Beitrittsprozess oder die EU-Beitrittsperspektive etablierte sich nach und nach eine gewisse Rechtsstaatlichkeit, und auch die politische Ordnung schien das totalitäre Erbe unwiederbringlich abgestreift zu haben. Dann brach die gegenwärtige Krise aus, beendete jäh den wirtschaftlichen Boom und erschütterte in einigen MOE-Ländern auch die Grundfesten der dortigen Demokratie. Ist das nur eine Momentaufnahme oder ein dauerhaft bedrohliches Szenario? *Von Stefan Kolev*

Das neue Jahrtausend brachte für die MOE-Länder ein sehr ansehnliches Wachstum, welches viele Beobachter dazu brachte, in der Region die neuen Tigerstaaten auszumachen. Was dabei oft übersehen wurde, waren die teilweise blasenartigen Züge dieses rasanten Wachstums. Die ausgesprochen üppige Liquidität der westlichen Zentralbanken schwappte nicht nur nach Südeuropa, sondern auch in den Osten und erzeugte in den zinsempfindlichen Sektoren der dortigen Ökonomien einen Boom, der in vielen Ländern auch die makroökonomische Performance maßgeblich bestimmte. Es bildete sich im Zuge dessen in den größeren Städten zusehends eine neue Mittelschicht, deren hohe Einkommen und neu aufgenommene Kredite zu einem beachtlichen Lebensstandard führten.

Bereits nach dem EU-Beitritt der Länder 2004 bzw. 2007 sprachen Transformationsforscher von der „Post-Beitritts-Reformmüdigkeit“, welche die plötzliche Trägheit in der Reformbereitschaft der neuen EU-Mitglieder zu kennzeichnen versuchte. Die politische Ordnung zeigte nach dem Galopp in die EU Ermüdungserscheinungen. Das war so lange wenig sichtbar, wie es durch die ökonomische Dynamik übertüncht wurde. Als aber 2008–2009 die Krise ins Haus fiel und die Party plötzlich zu Ende war (der bulgarische Aktienindex etwa hat seitdem ca. 80 % seines Wertes eingebüßt), geriet die gesamte Ordnung in einigen der Länder ernsthaft ins Wanken. Waren politische Freiheit und Demokratie nur so lange zentral, wie sie gute wirtschaftliche Ergebnisse lieferten?

Tatsächlich konnte man beobachten, dass die Krise von „politischen Unternehmern“ genutzt wurde, um diesen „Ausnahmestand“ für eine Agenda zu nutzen, die noch wenige Jahre zuvor kaum Chancen gehabt hätte. Die nationale Rhetorik rechtslastiger Parteien, im Zuge des EU-Beitritts von vielen gerade jungen Bürgern als antiquiert betrachtet, entfaltete plötzlich eine neue Attraktivität. Die Nachbarn des eigenen Landes, die ob des ethnischen Flickenteppichs der Region fast immer Minderheiten der umliegenden Länder bei sich haben, wurden – wie auch Minderheiten im eigenen Land – zur Zielschreibe. Das schien solange lästig, aber wenig problematisch, wie sich lediglich extreme Parteien dessen bedienten.

Sehr viel ernster wurde die Lage, als diese Agenda auch auf große Parteien überschwappte. Die Aufmerksamkeit der westlichen Medien wurde durch die Entwicklung in Ungarn geweckt, wo die Fidesz-Partei von Viktor Orbán sowohl vor als auch nach der Wahl im April 2010 durch solche Äußerungen auffiel. Als die Regierung Orbán sich nach ihrem Erdrutschsieg sukzessive an die Gleichschaltung von Medien, Justiz und Notenbank machte, wurde klar, dass es sich nicht bloß um Rhetorik handelt, sondern um die ausgesprochen problematische Überzeugung, dass die Gewaltenteilung ein Hindernis darstelle.

Plötzlich begannen damit Prozesse, die in Europa üblicherweise für das Russland Putins oder die Ukraine Janukowitschs erwartet worden wären, mitten in einem Land der EU. Die Hoffnung, dass Ungarn ein Einzelfall bleibt, der einzudämmen sein wird,

wurde bald enttäuscht, als die Lage in Rumänien in den letzten Wochen eskalierte und dort plötzlich putschartige Zustände zu beobachten waren. Der erfolglose Versuch der Amtsenthebung von Präsident Traian Băsescu, am Ergebnis des kurzfristig anberaumten Referendums gescheitert, zeugte nicht gerade von hohem Respekt gegenüber den Institutionen und verfassungsmäßigen Abläufen der Demokratie. Auch die neue Regierung in Serbien hat jüngst als eine der ersten Amtshandlungen den Notenbankpräsidenten zum Rücktritt gedrängt und erklärt, dass für sie die Unabhängigkeit der Notenbank verzichtbar sei.

Welchen Ausblick kann man wagen? Die Situation ist zweifelsohne bedrohlich. Der Boom hat allerdings nicht nur Investitionsruinen hinterlassen, sondern auch die bereits angesprochene neue Mittelschicht, die keinerlei Interesse an neuen nationalistischen Autokratien haben kann. Die EU ist im Moment viel zu sehr mit sich selbst und den Problemen der Eurozone beschäftigt, sollte aber die politischen Prozesse im Osten keineswegs aus den Augen verlieren und wachsam beobachten. Die Hoffnungen auf Beendigung der autokratischen Machtphantasien liegen trotzdem eher auf der aktiven Bürgergesellschaft vor Ort – zu Wendezeiten ein Markenzeichen der MOE-Länder. Vielleicht bleibt, durch den Druck von innen und außen, die „demokratische Durststrecke“ doch nur eine kurze Episode.

Stefan Kolev ist Research Fellow des HWWI, Geschäftsführer des Wilhelm-Röpke-Instituts in Erfurt und Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau.